

BBB warnt vor großer Koalition

(Bruchköbel/pm/jgd) - Der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) begrüßt nach den Worten seines Fraktionsvorsitzenden Alexander Rabold die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Gesetz der großen Koalition zur massenhaften Vorratsdatenspeicherung als verfassungswidrig zu erkennen und für nichtig zu erklären. Diese Entscheidung sei eine Ohrfeige für CDU und SPD, die 2007 das Gesetz, nach dem alle Verbindungsdaten aller Bürgerinnen und Bürger gespeichert werden sollten, entgegen allen Warnung der Oppositionsparteien und von Verfassungsrechtlern durchgedrückt hätten. Weil nun auch die gesetzliche Verpflichtung der Telekommunikationsunternehmen, diese Daten für den Staat vorzuhalten, nichtig sei und die Daten gelöscht werden müßten, kämen auf den Bund Schadensersatzforderungen in dreistelliger Millionenhöhe zu, für die dann der Steuerzahler aufkommen müsse. In zweifacher Hinsicht werde an diesem Beispiel deutlich, warum große Koalitionen so schädlich seien, so der BBB. Zum einen hätten sich CDU und SPD mit Arroganz und Ignoranz über alle Warnungen hinweggesetzt, obwohl schon durch die zahlreichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur informationellen Selbstbestimmung hätte klar sein müssen, daß eine verdachtsunabhängige Massenspeicherung gegen das Grundgesetz verstößt. Andererseits hätten CDU und SPD bei der Gesetzgebung mit erschreckender Rücksichtslosigkeit gegen verfassungsrechtlich verbrieft Bürgerrechte verstoßen. Der BBB betont dabei, daß nichts gegen Datenerfassung zur Vorbeugung und Verfolgung von Kriminalität einzuwenden sei. Diese müsse aber gezielt erfolgen. Es könne nicht angehen, daß bei einem Gesetz zur massenhaften Speicherung von Verbindungsdaten vielleicht einmal ein Promille davon zur Kriminalitätsbekämpfung benötigt werde und 99,9 Prozent verfassungswidrige Grundrechtsverletzungen übrigblieben. Aufgrund dieser schädlichen Mechanismen großer Koalitionen warnt der BBB davor, daß sich eine solche nach der Kommunalwahl in einem Jahr in Bruchköbel abzeichne, falls dies die Mehrheitsverhältnisse dann zuließen. Die Stadt brauche aber keine Koalition, die nur rücksichtslos auf eigene Interessen bedacht sei; sondern eine Mehrheit, die die Rechte der Bürger ernstnehme und dem Allgemeinwohl verpflichtet handele, so BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz. Dasselbe gelte für den Main-Kinzig-Kreis, wo eine große Koalition nach 17 Jahren zum Dauerzustand geworden sei, die Oppositionsparteien an den Rand und die Bürgerinteressen in den Hintergrund gedrängt habe.